



Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und
Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Die Ministerin

Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW 40190 Düsseldorf

Frau
Ute Koczy, MdL
Vorsitzende des Ausschusses für
Europa- und Eine-Welt-Politik
des Landes Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

Dienstgebäude und Lieferanschrift:
Schwannstraße 3, 40476 Düsseldorf
Telefon (02 11) 45 66 - 0
Telefax (02 11) 45 66 - 388
e-mail poststelle@munlv.nrw.de
Datum 28. November 2003

Infoservice MUNLV
e-mail infoservice@munlv.nrw.de
Telefon (02 11) 45 66 - 666
Telefax (02 11) 45 66 - 388

120-fach

Haushaltsgesetz 2004/2005: hier:
Haushaltseinbringungsrede Einzelplan 10
Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

beiliegend übersende ich Ihnen die Haushaltseinbringungsrede des
MUNLV (Einzelplan 10) für den Ausschuss für Europa- und Eine-
Welt-Politik mit der Bitte um Weiterleitung an die Damen und
Herren des Ausschusses.

Mit freundlichen Grüßen

(Bärbel Höhn)



Bärbel Höhn
Ministerin für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen

"Haushaltsplan 2004/2005.
Eine-Welt-Politik"

Rede

vor dem Europa- und Eine-Welt-Ausschuss
des Landtags Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf.
3. Dezember 2003

Anrede.

Das Aufstellen des Haushalts-Entwurfs 2004/2005 zur Eine-Welt-Arbeit des Landes hat außerordentlich große Mühen gekostet.

Die Notwendigkeit von Einschnitten war der breiten Öffentlichkeit bereits frühzeitig kommuniziert worden, und so erreichten den Ministerpräsidenten, den Finanzminister, den Innenminister und mich hunderte von Eingaben, die das große Eine-Welt-Engagement des Landes lobten und darum baten, keine grundlegenden Änderungen an den Förderprogrammen und -Instrumenten vorzunehmen. Sogar Bundespräsident

...

Johannes Rau setzte sich für die Fortführung des Programms "Konkreter Friedensdienst" ein.

Lob tut immer gut – wir haben uns sehr über die vielen Zuschriften aus Kirchen, Kommunen und Eine-Welt-Gruppen gefreut. Und wohlwissend um die Fülle von Eingaben hat das Kabinett die Ansätze zur Eine-Welt-Politik im Detail beraten – das Ergebnis liegt Ihnen vor.

Ich möchte es so zusammenfassen: Trotz aller finanziellen Schwierigkeiten ist es gelungen, die bekannten und allseits anerkannten Förderinstrumentarien des Landes beizubehalten und den Eine-Welt-Aktivitäten im Lande die in vielen Jahren aufgebaute Struktur zu erhalten. Standen uns im Kapitel "Eine-Welt-Politik" im vergangenen Jahr rd. 5,5 Mio Euro zur Verfügung, so sind es für diesen Aufgabenbereich für das Jahr 2004 rd. 5,3 Mio Euro.

Ein besonders schwerer Wermutstropfen ist allerdings die Tatsache, dass bei den Mitteln für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit eine deutliche Kürzung nicht zu verhindern war.

Die zweckgebundenen Schlüsselzuweisungen über das Gemeindefinanzierungsgesetz (GfG) für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit beliefen sich im vergangenen Jahr auf 3,78 Mio Euro (21 Cent pro

EinwohnerIn pro Gemeinde); im Laufe der Haushalts-Beratungen mussten die Mittel leider auf 1,5 Mio Euro abgesenkt werden.

Eine weitere Änderung ist die Tatsache, dass die verbliebenen 1,5 Mio Euro nun auch in den Haushalt des MUNLV, Kapitel "Eine-Welt-Politik", eingestellt worden sind, wodurch sich der Gesamt-Ansatz auf die Summe 6,79 Mio Euro erhöht. Sie sehen somit im Haushaltsplan meines Ministeriums - im Kapitel "Eine-Welt-Politik" - die bisher noch nicht existierende Haushaltsstelle "Zuwendungen für kommunale Entwicklungszusammenarbeit".

Die Modalitäten/Richtlinien für die Umsetzung dieser neuen Fördermittel werden derzeit erarbeitet; sie können sich vorstellen, dass dies bei der Fülle der Gemeinden in unserem Land und der Fülle an entwicklungspolitischen Aktivitäten im kommunalen Zusammenhang nicht gerade einfach ist.

Da wir es dieses Mal mit einem Doppelhaushalt zu tun haben, gehe ich auch kurz auf die angesetzten Haushaltsmittel für das Jahr 2005 ein.

Gegenüber dem Jahr 2004 beinhaltet der Entwurf für das übernächste Jahr lediglich Absenkungen in einer Größenordnung von 104.000 Euro. De facto bedeutet dies

die Beibehaltung des gesamten Förderinstrumentariums; wenngleich an der einen oder anderen Stelle auf abgesehenem Niveau.

Damit haben wir bis zum Ende dieser Legislaturperiode - genauer gesagt bis Ende 2005 - die Basis geschaffen, um eine nachhaltige Eine-Welt-Politik umzusetzen, so wie es die Koalitionsfraktionen in ihrem Entschließungsantrag "Eine-Welt-Politik in NRW: Ziele und Aufgaben für die Zukunft" vor wenigen Monaten, im Juli diesen Jahres, hier im Ausschuss beschlossen haben.

Vor dem Hintergrund der Expertenanhörung im Mai 2002 hat die Mehrheit dieses Ausschusses festgestellt, dass die Eine-Welt-Politik des Landes im Zusammenspiel EU – Bund - Kommunen richtig positioniert ist, und die Landesregierung zur Weiterentwicklung einer nachhaltigen Eine-Welt-Politik aufgefordert.

Der Antrag umfasst im Detail achtzehn Forderungen, so dass klare inhaltliche Vorgaben für die kommenden zwei Jahre vorliegen.

Wir verstehen diesen Entschließungsantrag als eine Art "Pflichtenheft"; einige Inhalte haben sich bereits in der Haushaltsaufstellung für 2004 / 2005 niedergeschlagen.

So haben wir mit dem Titel "Planungen, Versuche, Untersuchungen und Koordination von Kontakten mit Entwicklungsländern" (mit dem Ansatz 50 000 Euro in 2004 sowie 100 000 Euro in 2005) Vorsorge für die geforderte Vernetzung bestehender Kontakte und Beziehungen von Institutionen, Gruppen, Unternehmen und Verbänden mit Entwicklungsländern über Länderforen getroffen.

Eine weitere Forderung des Entschließungsantrags ist die Aktualisierung der Leitlinien für die Entwicklungszusammenarbeit; dazu haben wir einen ersten Entwurf in Auftrag gegeben.

Anrede.

Ich möchte nun weitere Ereignisse/Entwicklungen nennen, die für die Eine-Welt-Politik des Landes in den kommenden zwei Jahren von herausragender Bedeutung sind:

- Am 26./27. November 2003 hat in Bonn die Bilanz- und Perspektivkonferenz der Agenda 21 NRW stattgefunden. Sie war mit rund 1.200 Teilnehmern bundesweit die bisher größte Konferenz zum Thema Nachhaltigkeit. Beim zweitägigen Treffen von Vertretern aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik wurden viele Agenda-Projekte und Best-Practice-Beispiele erstmals einer breiten Öffentlichkeit präsentiert. Die Ergebnisse auf der Konferenz haben

gezeigt, dass es möglich ist, die Ideen einer nachhaltigen Entwicklung erfolgreich in die Praxis umzusetzen. Wir in NRW führen einen in Deutschland auf Landesebene einmaligen Prozess durch. Kein anderes Bundesland macht den Agenda-Prozess thematisch so breit wie wir, keiner kombiniert Theorie und Praxis so wie wir, keiner bezieht so viele Akteure so intensiv und systematisch ein, wie wir es tun. Jetzt werden wir die Agenda-Bilanz- und -Perspektivkonferenz auswerten und ihre Ergebnisse mit den für das Frühjahr 2004 erwarteten Empfehlungen des Zukunftsrates NRW verbinden.

Einer der sechs Themenbereiche der Agenda 21 NRW trägt die Überschrift "Globale Verantwortung in der Einen Welt". Arbeitsgruppen mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis haben zu diesem Themenbereich Leitbilder, Ziele und Indikatoren für NRW entworfen, die Ergebnisse in einem Papier zusammengefasst, und dies auf der Agenda-Konferenz in Bonn einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Die Ergebnisse werden mit den Papieren der anderen Leitbildgruppen als Handlungsempfehlungen Anfang nächsten Jahres an den Landtag und die Landesregierung übergeben. Auch wenn die Modalitäten möglicher Umsetzungsschritte noch nicht im Detail ausgearbeitet sind, so ist doch davon auszugehen,

dass die Inhalte der Papiere Auswirkungen auf die Eine-Welt-Politik des Landes haben werden.

- Vom 1. bis 4. Juni 2004 wird Deutschland Gastgeber der in Bonn stattfindenden Internationalen Konferenz für Erneuerbare Energien sein. Die Konferenz Renewables 2004 wurde von Bundeskanzler Schröder auf dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung im September 2002 in Johannesburg (RSA) angekündigt und wird den Weg zu einem Ausbau erneuerbarer Energien weltweit skizzieren. Über 1000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden in Bonn erwartet, unter ihnen Regierungsdelegationen mit Ministerinnen und Ministern mit Verantwortung für Energie, Umwelt und Entwicklung sowie Vertreterinnen und Vertreter der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen, Nichtregierungsorganisationen, der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft. Mit der Ausrichtung „Eine-Welt- und Umwelt“ werden wir uns an der Konferenz beteiligen und freuen uns über die Stärkung Bonns als Zentrum des Nord-Süd-Dialogs.

- Ministerpräsident Peer Steinbrück und Premier Mahlangu haben im März diesen Jahres die Partnerschaft mit der südafrikanischen Provinz Mpumalanga über die Unterzeichnung einer neuen

Grundlagen-Vereinbarung zur künftigen Zusammenarbeit auf eine neue Basis gestellt. Es ist erfreulich, dass die Zusammenarbeit über das vom Eine-Welt-Beauftragten betreute Mpumalanga-Forum mehr und mehr Akteure der Zivilgesellschaft einbezieht. Im kommenden Jahr wird das Ereignis "10 Jahre freies, demokratisches Südafrika" gefeiert und im April 2005 jährt sich zum zehnten Mal das erste Abkommen zur Zusammenarbeit zwischen NRW und Mpumalanga. Wir planen, Ende 2004 beide Ereignisse im Rahmen einer Konferenz zu würdigen. Auch prüfen wir, inwieweit wir uns an den Deutschen Kulturwochen im Südlichen Afrika beteiligen, die unter der Schirmherrschaft von Präsident Mbeki und Bundeskanzler Schröder im Oktober / November 2004 u. a. auch in Südafrika stattfinden.

- Der Faire Handel wird auch in den kommenden zwei Jahren einen besonderen Stellenwert im Rahmen der Eine-Welt-Politik des Landes einnehmen. Die Ende dieses Jahres auslaufende landesweite Kampagne zum Fairen Handel hat der entsprechenden Arbeit der Eine-Welt-Gruppen eine neue Qualität gegeben und eine solide Basis für die weitere Arbeit zu diesem Themenkomplex geschaffen. Das Eine-Welt-Netz Nordrhein-Westfalen wird im Rahmen der Umsetzung des neuen

Leitbildes ein eigenes Büro für den fairen Handel einrichten. Ein Eine-Welt-Mobil wird zu Beginn des Jahres 2004 seine Reise an die Schulen in NRW starten und mit vielfältigen Aktionen und kreativen Ideen über den Fairen Handel informieren.

Anrede.

Die schrecklichen Ereignisse des 11. September 2001 haben die Entwicklung von Misstrauen und Spannungen zwischen Menschen und Gruppen von Staaten mit unterschiedlichen religiösen und ethnischen Zugehörigkeiten begünstigt. Gerade auch vor diesem Hintergrund sorgen sich viele Menschen über die zunehmende Ungleichheit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Nord und Süd und suchen nach Wegen, sich in diesem Zusammenhang zu engagieren.

Noch immer lebt jeder zweite Mensch auf dieser Erde in Armut (d. h. von weniger als zwei US-Dollar pro Tag) und noch immer ist der Ressourcen-Verbrauch höchst ungleich verteilt: 20 Prozent der Erdbevölkerung auf der Nordhalbkugel verbrauchen 80 Prozent der Ressourcen und sind für 80 Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich.

Die von den Vereinten Nationen im Jahr 2000 verabschiedeten Millenniumsziele, die unter anderem eine

Halbierung des Anteils der in extremer Armut lebenden Menschen bis 2015 vorsehen, haben neue Anstrengungen zur Armutsbekämpfung ausgelöst.

Bundeskanzler Schröder hat im vergangenen Jahr versprochen, die bundesdeutschen EZ-Mittel bis 2006 auf 0,33 Prozent des Bruttosozialprodukts zu erhöhen.

Mit dem vorgelegten Haushalts-Entwurf machen wir deutlich, dass wir uns der Verantwortung des Landes Nordrhein-Westfalen in dieser Frage bewusst sind und uns stets in besonderer Weise für einen gerechten Interessen-Ausgleich zwischen Nord und Süd eingesetzt haben.

Trotz Mittel-Kürzungen bieten wir durch unsere zahlreichen Förderprogramme und die professionelle Unterstützung durch Eine-Welt-Promotorinnen und –promotoren auch in Zukunft die strukturellen Voraussetzungen und die notwendige Beratung, damit Interessierte selber aktiv werden und erfolgreiche Arbeit leisten können.

Denn es reicht nicht aus, die Verantwortung für eine global zukunftsfähige Entwicklung allein an staatliche Einrichtungen und wenige ausgewählte NROs zu delegieren. Möglichst viele Menschen hier vor Ort müssen in die Lage versetzt werden, globale

--
--

Zusammenhänge nachzuvollziehen. Ihnen müssen konkrete Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie sie zu einer global zukunftsfähigen Entwicklung beitragen können.

Über die starke Betonung der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit als Teil unserer Eine-Welt-Politik leisten wir wichtige Beiträge zur gerechteren Gestaltung des Verhältnisses von Nord und Süd und zur Stärkung des innergesellschaftlichen Friedens.

Wir fördern Toleranz und ehrenamtliches Engagement in unseren Städten und Gemeinden; ein Ziel, für das sich Ministerpräsident Steinbrück in diesen Tagen besonders einsetzt.

Vor diesem Hintergrund werbe ich dafür, dass wir uns alle weiter für eine starke Eine-Welt-Politik einsetzen und dass eine starke Eine-Welt-Politik - unter Einbezug aller Ressorts - als wichtiges Anliegen der gesamten Landesregierung und des Landtags Nordrhein-Westfalen gesehen wird.

Für die Beantwortung Ihrer Fragen zu Einzelheiten des Haushaltsplan-Entwurfs stehe ich selbstverständlich gern zur Verfügung. Ich danke Ihnen.